
HERDER KORRESPONDENZ

Heft 12 · 43. Jahrgang · Dezember 1989

Mehr als je zuvor ist das Ziel der Politik für alle heute nicht die Verwirklichung des höchsten Glücks, sondern die Verhinderung des größten Unglücks.

Willi Oelmüller

Die neue Lage

Daß der „real existierende Sozialismus“ mit seiner Verbindung von Parteiherrschaft, ideologischer Bevormundung und zentral gelenkter Planwirtschaft in eine Sackgasse geführt hat, wurde nicht erst durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Wochen in der DDR deutlich, auch wenn die Erosion dieser vorgeschobenen Bastion des sozialistischen Lagers nicht nur für die Bundesrepublik besonderes Gewicht hat. In Ungarn und Polen sind entscheidende Weichenstellungen auf dem Weg vom Staatssozialismus sowjetischer Prägung zur pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie mit einer Liberalisierung der Wirtschaftsordnung schon vollzogen, die Sowjetunion selber befindet sich in einem tiefgreifenden Systemwandel mit schwer vorhersehbarem Ausgang, sozialistische Länder der Dritten Welt haben marktwirtschaftliche Reformen eingeleitet, um aus ihrer ökonomischen Misere herauszukommen. Der Wettbewerb der Systeme zwischen Ost und West ist offensichtlich zugunsten von Demokratie und Marktwirtschaft entschieden; die (u. a. in einer längeren Serie der „Zeit“ gestellte) Frage „Ist der Sozialismus am Ende?“ scheint inzwischen eine bloß rhetorische zu sein. Die Antwort ist schon gegeben.

Aber was bedeutet diese Entwicklung für den Sieger im Wettbewerb? Welche Konsequenzen kann bzw. muß der politische, wirtschaftliche und kulturell-ideologische Wandel im Osten für das westliche Selbstverständnis haben? Schon ein flüchtiger Blick ergibt, daß die Meinungen hier auseinandergehen und die Akzente recht unterschiedlich ausfallen: Für die einen sind die Reformprozesse in den sozialistischen Ländern der schlagende Beweis für die Überlegenheit und für den letztlich unaufhaltsamen Siegeszug der liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung, die den realen Antrieben und Bedürfnissen des Menschen als einzige entspreche. Andere bewerten die Entwicklung zwar insgesamt positiv, warnen aber gleichzeitig vor einer zu pauschalen und plakativen Hei-

ligspröcherung des westlichen Gesellschaftssystems, dessen Mängel nicht selbstgerecht übersehen werden dürften. Wieder andere stehen den Vorgängen im „Ostblock“ deshalb eher skeptisch gegenüber, weil sie mit der Öffnung für die „bürgerliche“ Demokratie und die Mechanismen der westlichen Leistungs- und Konsumgesellschaft ihre sozialistische Utopie von einer gerechteren, solidarischen Ordnung des gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens dahinschwinden sehen und einen ungebremsen, weltweiten Triumph des Kapitalismus mit seinen zerstörerischen Auswirkungen für die Natur und für die ärmeren Länder der Erde befürchten. Teilweise ist wohl auch ein Gefühl der Verunsicherung mit im Spiel: Man hat sich schließlich über Jahrzehnte hinweg an klare Feindbilder, ideologische Grenzziehungen und festgefügte Machtblöcke gewöhnt und muß jetzt feststellen, wie die vertrauten Schemata zunehmend ins Rutschen kommen.

Der Westen ist seiner nicht ganz sicher

Daß die Reflexe des Wandels im Osten in den westlichen Demokratien so uneinheitlich ausfallen, kann eigentlich nicht wundernehmen. Schon das *Tempo*, in dem sich die nur sehr begrenzt vorhersehbaren Veränderungen in Polen, Ungarn, der Sowjetunion und jetzt natürlich besonders in der DDR abgespielt haben bzw. abspielen, ist daran mitbeteiligt. Wer hätte denn vor Jahresfrist auf einen nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen, ein selbstbewußtes Parlament in der UdSSR, die Umwandlung der ungarischen KP in eine sozialistische Partei oder gar auf die Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik für die Bürger der DDR gewettet? Nicht nur die Politiker, sondern auch die Analytiker in den Medien und Forschungsinstitutionen der westlichen Länder wurden von der Entwicklung der letzten Jahre größtenteils schlicht überrollt.

Stärker ins Gewicht fällt allerdings die gegenwärtige *Bewußtseinslage* in den westlichen Demokratien, die zwar von Land zu Land durchaus unterschiedlich ist, dennoch aber etliche gemeinsame Züge aufweist. So läßt sich im Vergleich mit den späten sechziger und siebziger Jahren feststellen, daß die intellektuelle Faszination durch Fundamentalkritik an einer vermeintlich „repressiven“ repräsentativen Demokratie und am entfremdenden kapitalistischen Wirtschaftssystem weithin verblaßt ist. Die Hoffnungen auf eine grundlegende Umwandlung der westlichen Gesellschaften durch Demokratisierung aller Lebensbereiche und Überwindung des Kapitalismus durch einen wie auch immer gearteten Sozialismus haben sich als Chimären erwiesen. Demgegenüber dominiert heute eher die pragmatische Wertschätzung der freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung als eines Systems, das dem technischen Fortschritt Raum läßt, dem leistungs- und erfolgsorientierten Bürger Entfaltungsmöglichkeiten bietet und ein breites und buntes kulturell-weltanschauliches Angebot bereithält.

Gleichzeitig melden sich aber auch von verschiedenen Seiten *Besorgnisse* zu Wort. Hierher gehört wohl an erster Stelle die weit über die Anhängerschaft grüner Parteien hinaus verbreitete Sorge, trotz aller bisherigen Anstrengungen seien die westlichen Demokratien letztlich nicht willens und imstande, die gravierenden ökologischen Probleme zu lösen, den notwendigen Ausgleich von Ökonomie und Ökologie zu schaffen. Ähnliche Befürchtungen gibt es im Blick auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, dessen Eigendynamik so groß ist, daß der Staat bei seinen Bemühungen um die aus Gründen des Gemeinwohls erforderlichen gesetzlichen Regelungen vielfach hilflos und überfordert scheint. Man sorgt sich auch um diejenigen, die den offenbar immer weiter steigenden Leistungsanforderungen im Berufs- und Geschäftsleben nicht mehr gewachsen sind, und warnt vor dem Abgleiten in eine „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, in der die weniger Leistungsfähigen trotz eines gut ausgebauten sozialen Netzes auf der Strecke bleiben. Schließlich wird auch die Sorge laut, der demokratische Staat werde immer stärker zum Spielball einzelner Interessengruppen, während die ihn tragenden Grundwerte im geistig-kulturellen Pluralismus, im bloßen Konsumieren und Funktionieren zunehmend zerrieben würden.

Berechtigter Stolz auf die demokratische Ordnung

Dennoch: Der Wandel in den Ländern des „Ostblocks“ ist vor allem eine eindrucksvolle Bestätigung der Qualitäten des demokratischen Systems und sollte im Westen auch ohne falsche Scham und übertriebene Zurückhaltung als solche gesehen und begrüßt werden. Was Grundrechtsgarantien, Rechtsstaatlichkeit, funktionierende Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, Volkssouveränität wert sind, das wird durch die entsprechenden Reformen bzw. Reformforderungen und -absichten in den sozialistischen

Ländern deutlich ins Licht gerückt. Der Blick auf die östlichen Veränderungsprozesse sollte ein gutes *Gegenmittel* gegen Tendenzen in den westlichen Demokratien sein, die eigene Staatsordnung entweder als mehr oder weniger selbstverständlich, sozusagen mit einem müden Lächeln, anzunehmen oder sie vorschnell als bloß formales Regelsystem ohne ethischen Hintergrund abzuqualifizieren. Für manchen, der hierzulande immer sofort das Haar in der Suppe sucht, die Schwachstellen des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats herausgreift, dabei aber seine grundsätzlichen Vorzüge unterschlägt oder nur sotto voce zugibt, müßte das Verlangen nach Demokratie im bisherigen Geltungsbereich des „real existierenden Sozialismus“ eine heilsame Lehre sein.

Natürlich hat die Anziehungskraft des westlichen Systems auf die sozialistischen Länder nicht allein mit Meinungs- und Pressefreiheit, Parteienkonkurrenz und unabhängiger Justiz zu tun, sondern ebenso mit der überlegenen *Effizienz einer vorrangig am Markt orientierten Wirtschaftsordnung* und dem durch sie in den letzten Jahrzehnten im westlichen Europa erreichten durchschnittlichen Wohlstands- und Konsumniveau. Es ist sicher nicht der richtige Weg, angesichts des ökonomischen Gefälles zwischen Ost und West vollmundig und selbstgerecht das Hohelied des freien Unternehmertums zu singen. Aber der Westen braucht auch in dieser Hinsicht sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen: Schließlich ist nicht nur der Bankrott der zentral gelenkten Planwirtschaft mit Händen zu greifen, sondern sind auch die Erfolge einer (je nach Land verschieden stark) sozial abgedeckten und flankierten Marktwirtschaft nicht zu bestreiten, ohne daß deren Probleme geleugnet werden müßten.

Mit dem berechtigten Stolz auf das eigene politische und wirtschaftliche System kann man es im Westen ohnehin nicht einfach bewenden lassen. Vielmehr könnten und müßten die Veränderungen im sozialistischen Lager gleichzeitig auch Anlaß zur *kritischen Selbstprüfung* sein, zur Frage nach dem eigenen Umgang mit den demokratischen Mechanismen und Institutionen. Dazu gehört zum einen die Einsicht, daß ein demokratisches System nicht einfach von selbst funktioniert, sondern daß seine Strukturen und die ihnen zugrundeliegenden Optionen immer neu von den einzelnen Bürgern, den Parteien, Verbänden und Interessengruppen bejaht und angeeignet werden müssen. Es braucht so die Bereitschaft zum politischen Kompromiß und zur Annahme von korrekt zustande gekommenen Mehrheitsentscheidungen ebenso wie die Bereitschaft, die Gesetzgebung und Rechtsprechung immer wieder daraufhin zu befragen, ob sie den Grundnormen und -werten der Verfassung wirklich entsprechen.

Dazu kommt ein Zweites: Wer die Vorzüge einer demokratischen Ordnung herausstellt, darf *sie nicht überfordern*, sondern muß gleichzeitig auf ihre Grenzen aufmerksam machen. Der demokratische Staat kann *per definitionem* nicht für alles sorgen, nicht für alles und jedes zuständig sein, auch wenn das häufig von ihm erwartet wird. Demokratie ist schlechterdings *kein Allheilmittel* für

die verschiedenen gesellschaftlichen Probleme und schon gar keine verbindliche Sinnstiftungsinstanz. Sie schafft nur Rahmenbedingungen, bietet Verfahrensregeln, nach denen offen und kontrovers über solche Probleme gestritten werden kann und (immer vorläufige und überholbare) Lösungen gesucht, abgestimmt und umgesetzt werden können. Diese Bescheidenheit unterscheidet sie ja gerade von Systemen, die vorgeben, im Besitz einer unumstößlichen Wahrheit über den Menschen, die Gesellschaft und den Gang der Geschichte zu sein, und damit das politische, wirtschaftliche und politische Leben kanalisieren bzw. zu kanalisieren versuchen.

Es braucht einen neuen Wettbewerb

Deshalb sind die Besorgnisse, die angesichts der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen im Ostblock bei uns und anderswo im Westen zum Teil vorgebracht werden, genauer besehen, nicht Argumente gegen, sondern für ein demokratisches System. Sicher haben die Möglichkeiten offener Diskussion und demokratischer Kontrolle massive Umweltschäden nicht verhindern können: Aber solche Schäden sind in Parteidiktaturen mit zentral gelenkter Planwirtschaft noch massiver aufgetreten. Zweifellos läßt die politische und wirtschaftliche Solidarität mit Ländern der Dritten Welt im Westen vielfach zu wünschen übrig. Aber in einem demokratisch-pluralistischen Rahmen haben Kirchen und andere interessierte Gruppen die Möglichkeit, für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem einzutreten, eigene Zeichen der Solidarität zu setzen und sich für ihre Vorstellungen um politischen Einfluß zu bemühen. Sicher haben Klagen über zunehmenden Egoismus und besorgniserregende Entsolidarisierungstendenzen in einer Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft trotz mancher Überspitzungen einen wahren Kern. Nur geht es dabei weit weniger um ein Problem demokratischer Strukturen und Institutionen als um Mentalitäten und Einstellungen, zu deren Veränderung jeder Bürger beitragen kann.

Mit alledem ist nicht gesagt, daß der Westen im Austausch mit den sich reformierenden sozialistischen Länder auf absehbare Zeit nur der Gebende und nicht auch der Nehmende sein muß, daß er nur Vorbild ist und nicht auch selbst lernen kann. Natürlich muß hier im Augenblick noch vieles offenbleiben. Schließlich ist ganz und gar nicht sicher, daß der politisch-wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß, der inzwischen außer dem Sonderfall Rumänien alle Länder des Ostblocks in irgendeiner Weise erfaßt hat, sich ohne massive Rückschläge und Gegenströmungen weiterentwickelt. Das gilt natürlich in besonderem Maß für die Sowjetunion mit ihren Nationalitätenspannungen und Wirtschaftsproblemen, aber auch für die DDR, für Polen und sogar für Ungarn. Dennoch ist es mit der für die Nachkriegszeit in Europa bestimmenden Bipolarität zwischen dem „freien“ und dem „kommunistischen“ Teil und dem daraus resultierenden Wettbewerb der Systeme vermutlich vorbei.

Es wäre allerdings – eine günstige Entwicklung der Refor-

men in den sozialistischen Ländern vorausgesetzt – ein *Wettbewerb auf neuer Grundlage* nicht nur denkbar, sondern auch wünschenswert. Gemeint ist ein Wettbewerb demokratischer und pluralistischer Länder um die beste Lösung etwa der Frage, wie Freiheit und Gerechtigkeit bei der Gestaltung von staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung möglichst gut miteinander verbunden werden können, oder der Frage, wie sich technische Naturbeherrschung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbaren lassen. Es ist ja nicht so, daß Demokratisierung und marktwirtschaftliche Orientierung für die bislang kommunistisch geführten Länder automatisch die kopierende Übernahme von Institutionen und Strukturen westlicher Länder bedeuten müssen. Die Unterschiede zwischen den demokratischen Staaten Europas sind bei gleichen Grundprinzipien teilweise nicht unerheblich: Man denke an die Rolle und Struktur der Parteien, an die Organisation der Rechtsprechung, an die Sozialgesetzgebung usw. Warum sollten hier nicht im Zuge des Demokratisierungsprozesses im Osten weitere Modelle, anregende Varianten hinzukommen?

Was die Kirchen tun können

An diesem Prozeß sind nicht zuletzt die *christlichen Kirchen* beteiligt, denen angesichts der Veränderungen im Ostblock neue Aufgaben zuwachsen. Die Kirchen in den sozialistischen Ländern, die für die Demokratisierung teilweise Schrittmacherdienste geleistet haben, teilweise aber auch eher von ihr überrascht wurden, müssen ihre Rolle im staatlich-gesellschaftlichen Gefüge neu bestimmen: in der DDR wie in der Sowjetunion, in Ungarn wie in Polen. Über die notwendige materielle Unterstützung hinaus können ihnen dabei die Kirchen im Westen manche Hilfestellung geben. Sie haben immerhin ihre Erfahrungen mit dem demokratischen Staat und der pluralistischen Gesellschaft einzubringen.

Es hat lange gedauert, bis die Kirchen in Westeuropa die Demokratie nicht nur als mögliche Staatsform hingenommen, sondern auch als vom christlichen Glauben her geforderte wirklich angenommen haben. Davon können und dürfen sie gerade heute kein Jota abgehen. Allerdings sind die Spannungen zwischen den Kirchen und der pluralistischen Demokratie nicht aus der Welt geschafft. Sie haben letztlich damit zu tun, daß sich die Forderungen des Evangeliums nie einfach auf die demokratischen Bürgertugenden und die Regeln einer sozialen Marktwirtschaft reduzieren, auch wenn sie mit beidem durchaus vereinbar sind. Bei aller Bejahung einer freiheitlichen Ordnung von Staat und Wirtschaft und bei aller Absage an ideologische und politische Bevormundung können sich die Christen und ihre Kirchen deshalb nicht darauf beschränken, als das gute Gewissen dieser Ordnung zu fungieren. Eine ihrer Aufgaben wird es im neuen demokratischen Wettbewerb über die Blockgrenzen hinaus sein, darauf zu bestehen, daß Demokratie die Frage nach dem geglückten Menschsein nicht abschließend beantwortet, sondern freisetzt.

Ulrich Rub